

Sri Lanka: Gewalt gegen Angehörige der muslimischen Minderheit

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 18. April 2018

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch; Französisch

Copyright
© 2018 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Sind Angehörige der muslimischen Minderheit in Sri Lanka gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt?
2. Gibt es Hinweise, dass muslimische Personen, die sich prominent für die Rechte der Muslime einsetzen, gefährdet sein können?
3. Schützen Polizei und staatliche Akteure die Angehörigen der muslimischen Minderheit vor Gewalt?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

2 Muslimische Minderheit als Ziel von gewalttätigen Übergriffen

2.1 Übergriffe gegen muslimische Minderheit

Einschüchterungen, Drohungen, Klima der Angst. *UK Home Office* berichtet im März 2018 mit Bezug auf verschiedene Quellen, dass Angehörige der muslimischen Minderheit in den letzten Jahren regelmässig durch die Öffentlichkeit und durch Unterstützende von singhalesisch-buddhistischen politischen Hardliner-Gruppierungen Einschüchterungen und Drohungen ausgesetzt sind. Muslim_innen lebten in einem Klima der Angst und Feindseligkeit, welches durch die buddhistischen Nationalisten aktiv orchestriert werde. Auch nach der Wahl des neuen Präsidenten Sirisena hätten Bedrohungen, Protestmärsche, Hassreden (*Hate Speech*) und Attacken gegen Muslim_innen durch diese Gruppierungen stattgefunden. In dem vom *UK Home Office* zitierten Jahresbericht 2017 des *australischen Department of Foreign Affairs and Trade (DFAT)* ist erwähnt, dass jüngst ein Anstieg an religiösen Spannungen zwischen der muslimischen Minderheit und der buddhistischen Mehrheit zu verzeichnen sei. Diese Spannungen werden laut der Quelle durch nationalistische buddhistische Gruppierungen insbesondere auch in den sozialen Medien geschürt. Eine *sri-lankische Kontaktperson mit Expertise zur Situation der muslimischen Minderheit* gab in einer E-Mail-Auskunft vom 7. April 2018 an, dass aktuell vielerorts Hassreden gegen Muslim_innen geäussert werden und insbesondere auch durch soziale Medien weiter verbreitet werden.

Gezielte Zerstörung von Eigentum muslimischer Personen. Der Bericht des *UK Home Office* vom März 2018 weist mit Bezug auf verschiedene Quellen darauf hin, dass nationalistische singhalesisch-buddhistische Gruppierungen oder unbekannte Akteure in den letzten Jahren regelmässig Angriffe gegen religiöse Stätten, Geschäfte und Eigentum der muslimischen Minderheit verübten.

Organisierte und gezielte Gewalt gegen muslimische Menschen im Februar und März 2018. *Human Rights Watch* berichtet, dass die jüngste Gewaltwelle gegen Muslim_innen Ende Februar 2018 im Distrikt Ampara in der Ostprovinz begonnen habe. Im März seien auch im Distrikt Kandy in der Zentralprovinz anti-muslimische Ausschreitungen ausgebrochen (HRW, März 2018). Nach Angaben von *BBC News* (2018) wurden in den jüngsten gewalttätigen Ausschreitungen gegen muslimische Personen im Distrikt Kandy zwei Personen getötet und beinahe 450 Häuser und Geschäfte von muslimischen Personen beschädigt sowie 60 Autos verbrannt. Zum ersten Mal seit sieben Jahren wurde der Ausnahmezustand während zehn Tagen verhängt und Hunderte von Truppen in Kandy stationiert (BBC, 2018). Zudem blockierten Behörden soziale Medien im ganzen Land (HRW, März 2018). Die *International Crisis Group* (ICG) gibt an, dass es sich bei den Übergriffen nicht um lokale Gewaltausbrüche, sondern um organisierte und gezielte Angriffe durch militante, auf nationaler Ebene tätige Gruppierungen gehandelt habe. Die Gewalt sei eskaliert, nachdem eine Moschee und muslimische Geschäfte in Ampara attackiert wurden. Es gibt laut ICG Hinweise, dass diese Angriffe durch buddhistische, nicht ortsansässige, Militante geplant und ausgeführt wurden. *Human Rights Watch* (März 2018) berichtet, dass der sri-lankische Premierminister Wickremesinghe ebenfalls von systematischer und organisierter Gewalt in Kandy sprach.

Mitglieder einer Spezialeinheit der Polizei an Übergriffen im März 2018 beteiligt. Nach Angaben verschiedener Quellen (*Reuters*, *Sri Lanka Brief*; beide März 2018) waren Polizeikräfte in die anti-muslimischen Ausschreitungen involviert. Dies sei teilweise durch Fernsenaufnahmen vor Ort sowie durch zahlreiche Zeugenaussagen belegt. Die Rolle der Polizeikräfte deute laut *Reuters* darauf hin, dass die Regierung die Kontrolle über Teile ihrer Sicherheitskräfte verloren habe. Gemäss *Reuters* und *Sri Lanka Brief* waren Mitglieder der Polizei-Spezialeinheit «*Special Task Force*» aktiv an Gewaltakten beteiligt. Sie attackierten Muslim_innen vor und in der Hijrapura-Moschee in Digana brutal mit Schlagstöcken und jagten fliehende Muslim_innen. Abdul Saleem Mohamad Faizal, ein lokaler muslimischer Politiker, wurde laut *Reuters* und *Sri Lanka Brief* (beide März 2018) in seinem Haus in Digana zusammen mit einer weiteren anwesenden Person von Mitgliedern der «*Special Task Force*» brutal zusammengeschlagen. Zudem habe ein singhalesischer Arzt dem schwerverletzten Faizal später im Spital medizinische Unterstützung verweigert (*Sri Lanka Brief*, März 2018). Sowohl beim Angriff auf die Hijrapura-Moschee als auch beim Angriff auf den Politiker Faizal hatten die Polizeikräfte versucht, den muslimischen Betroffenen aufgrund fingierter Beweise die Schuld für einen Teil der gewalttätigen Ausschreitungen in Digana in die Schuhe zu schieben (*Sri Lanka Brief*, März 2018). Zudem hätten Mitglieder der Polizei-Spezialeinheit «*Special Task Force*» in einem weiteren Fall faktisch den Schutz von Muslim_innen verweigert, indem sie sich kurz vor der Attacke einer gewalttätigen Menge auf die Noor-Jumma-Moschee in Digana zurückgezogen haben. Die Polizei habe laut Fernsehbildern zudem einen Teil militanten Mobs durch ihren Schutzkordon gelassen (*Reuters*, März 2018).

Lokale Politiker an Übergriffen im März 2018 beteiligt. Lokale Politiker der vom früheren Präsidenten Mahinda Rajapaksa unterstützten Partei *Sri Lanka Podujana Peramuna* (SLPP, *Sri Lanka People's Front*) waren nach Aussagen verschiedener Zeugen und gemäss Fernsehbildern ebenfalls in die gewalttätigen Ausschreitungen verwickelt (*Reuters*, März 2018). Nach Angaben des *Ministers für Law and Order* gegenüber *Reuters* (März 2018) werden die Anschuldigungen gegen die SLPP-Politiker und die Polizeikräfte von Behörden untersucht.

Verschiedene anti-muslimische Gruppierungen in Sri Lanka aktiv. Nach E-Mail-Angaben vom 9. April 2018 durch eine *vor Ort im Menschenrechtsbereich tätige Kontaktperson¹ mit Expertise zur Situation der muslimischen Minderheit in Sri Lanka* gibt es verschiedene anti-muslimische Gruppierungen, die in Sri Lanka tätig sind. Ihr gemeinsames Ziel sei es, Konflikte zwischen der buddhistischen Mehrheit und der muslimischen Minderheit zu schüren und den Muslim_innen wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen und sozialen Schaden zuzufügen. *Hilmy Ahamed*, Direktors des *Sri Lankan Secretariat for Muslims*, wies gegenüber *Reuters* (März 2018) darauf hin, dass die Furcht, dass Muslim_innen die Macht übernehmen und Nicht-Muslim_innen Wohlstand vorenthalten könnten, in Sri Lanka weitverbreitet sei. Der erfahrene Politikanalyst *Jayadeva Uyangoda* gab an, dass der buddhistische Chauvinismus in Sri Lanka ein «Monster ausser Kontrolle» sei. Sri-lankische Buddhisten würden sich von den Aktivitäten der buddhistischen Extremisten in Myanmar und der anti-muslimischen radikalen Hindus in Indien inspirieren lassen (*Reuters*, März 2018). Der vom *UK Home Office* (März 2018) zitierte Jahresbericht 2017 des *australischen Department of Foreign Affairs and Trade (DFAT)* nennt als Beispiele die nationalistischen buddhistischen Gruppierungen *Bodu Bala Sena (BBS)* und *Sinhala Ravaya*, welche religiöse und ethnische Spannungen schürten. *Minority Rights Group International* wird von *UK Home Office* (März 2018) mit der Information zitiert, dass anti-muslimische Aktivitäten von buddhistischen nationalistischen Gruppierungen wie beispielsweise *Sinha Le*, *BBS*, *Sinhala Ravaya*, *Ravana Balaya* und weiteren Gruppierungen ausgeübt werden.

Seit 2017 Wiederaufleben militanter buddhistischer Gruppierungen unter der aktuellen Regierung. Die Gewaltakte vom Februar und März 2018 sind nach Einschätzung von ICG eine Zeichen für das Wiederaufleben militanter buddhistischer Gruppierungen, welche erstmals 2012 bis 2014 mit der Unterstützung der damaligen Regierung unter Mahinda Rajapaksa aufkamen. In den ersten zwei Jahren unter der aktuellen Regierung Sirisena hätten die Angriffe gegen Muslim_innen laut ICG nachgelassen. Dies wird auch von verschiedenen von *UK Home Office* zitierten Quellen bestätigt (März 2018). Bereits während einer sechswöchigen Periode im April und Mai 2017 und während zwei Tagen im November 2017 haben aber laut ICG militante Buddhisten Muslim_innen attackiert. Diese buddhistischen Gruppierungen seien nach Einschätzung von ICG offensichtlich durch die Tatsache ermutigt gewesen, dass die aktuelle Regierung die Verantwortlichen für militante buddhistische Gewalt und Hassreden während der Amtszeit der Rajapaksa-Regierung nicht strafrechtlich verfolgt habe. *UK Home Office* zitiert verschiedene Quellen, wonach die für die massiven Ausschreitungen in Aluthagama im Jahr 2014 mitverantwortliche Gruppierung BBS gedroht habe, die dort verübte Gewalt zu wiederholen. So habe der BBS-Generalsekretär im Juni 2016 gedroht, die «zweite Phase der gewalttätigen Konfrontationen zu starten, wenn die Regierung die muslimische Gemeinschaft nicht unter Kontrolle halte» (*UK Home Office*, 2018).

Regelmässige Übergriffe gegen muslimische Minderheit in den letzten Jahren. Die zivilgesellschaftliche Gruppe *Sri Lankan Secretariat for Muslims* hat in den letzten fünf Jahren mehr als 600 Angriffe und Drohungen gegen Muslim_innen dokumentiert. Nach Angaben von *Hilmy Ahamed*, Direktor des *Sri Lankan Secretariat for Muslims*, gegenüber *Reuters* hat anti-muslimische Gewalt in den letzten Jahren zugenommen (*Reuters*, März 2018). Das *Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR)* zeigte sich

¹ Die Kontaktperson ist als zivilgesellschaftliche_r Menschenrechtsaktivist_in in Sri Lanka tätig und war an der Reconciliation Mechanism Task Force der sri-lankischen Regierung beteiligt.

in seinem Bericht vom 25. Januar 2018 besorgt über interkommunale Gewalt, Angriffe und Hassreden gegen Minderheiten im Jahr 2017 (HCR, 2018). Dazu gehörten Serien von Benzinbomben-Angriffen gegen Moscheen und Geschäfte von Muslim_innen im ganzen Land im Mai 2017. Laut derselben Quelle kam es 2017 neben weiteren Zwischenfällen im November zu schweren Übergriffen in Gintota (Südprovinz), bei welchen mehr als 70 Häuser und Geschäfte von Muslim_innen beschädigt wurden. Die erwähnten Attacken wurden laut OHCHR mit Hassreden und anti-muslimischer Rhetorik in sozialen Medien von nationalistischen singhalesisch-buddhistischen Gruppierungen geschürt. Die Berichte der *Schweizerischen Flüchtlingshilfe* (SFH, 2015) sowie des *UK Home Office* (März 2018) weisen mit Bezug auf verschiedene Quellen darauf hin, dass es in den letzten Jahren regelmässig Übergriffe gegen muslimische Personen gab. Laut verschiedenen von der SFH (2015) zitierten Quellen kam es im Jahr 2015 zu Attacken, Todesdrohungen und Übergriffen auf Muslim_innen, teilweise auch durch Vertreter der Behörden. Insbesondere weisen von *UK Home Office* (2018) und SFH (2015) zitierte Quellen auf die massiven Ausschreitungen gegen muslimische Personen in Aluthagama im Juni 2014 hin, welche vier Tote und über achtzig Verletzte zur Folge hatten. Während mehr als sechs Tagen wurden 6000 Personen in Moscheen gefangen und ausgehungert. Bei diesen Ausschreitungen soll insbesondere *Bodu Bala Sena* zu Angriffen gegen Muslim_innen mobilisiert haben (*UK Home Office*, 2018).

Schwierige Sicherheitssituation für muslimische Personen. *Human Rights Watch* weist in seinem Jahresbericht 2017 darauf hin, dass religiöse Minderheiten in Sri Lanka gefährdet sein können (HRW, Januar 2018). Nach E-Mail-Angaben vom 9. April 2018 durch eine *vor Ort im Menschenrechtsbereich tätige Kontaktperson mit Expertise zur Situation der muslimischen Minderheit in Sri Lanka* ist die aktuelle Sicherheitssituation für Angehörige der muslimischen Minderheit in der aktuell gespannten Lage als eher kritisch einzuschätzen. Dies sei insbesondere nach den im März 2018 erfolgten Gewaltakten der Fall. Die Kontaktperson berichtet aus eigenen Erfahrungen, dass im April 2018 nicht-muslimische Personen versucht hätten, muslimische Personen aufgrund ihrer traditionellen Kleidung in Konflikte zu verwickeln. Die Kontaktperson gab an, dass eine muslimische Person aktuell jederzeit befürchten muss, zum Ziel von Gewalt zu werden, wenn sie zum Beispiel in einen Autounfall verwickelt wäre.

2.2 Gefährdung von Personen, die sich aktiv für die muslimische Minderheit einsetzen

Personen, die sich aktiv für muslimische Minderheit einsetzen, können zum Ziel von Gewalt werden. Laut E-Mail-Auskunft vom 9. April 2018 der *vor Ort im Menschenrechtsbereich tätige Kontaktperson mit Expertise zur Situation der muslimischen Minderheit in Sri Lanka* sind Aktivist_innen und Anwält_innen, welche sich für die Rechte der muslimischen Minderheit einsetzen, gefährdet, zum Ziel von Übergriffen zu werden. So gibt es laut der Kontaktperson einige Anwält_innen in Colombo mit gleichem Engagement, welche andauernd durch Dritte bedroht werden. Personen, die sich ausserhalb von Colombo für die muslimische Minderheit einsetzen, sind nach Einschätzung der Kontaktperson noch verletzlicher und einer noch stärkeren Gefährdung ausgesetzt. Der muslimische Politiker Abdul Saleem Mohamad Faizal wurde im März 2018 in seinem eigenen Haus von Mitgliedern der Polizei-Spezialeinheit «*Special Task Force*» brutal zusammengeschlagen. Faizal vermutete, dass die Spezialkräfte ihn deswegen angegriffen haben, weil er aktiv versucht hatte, Gewalt ge-

gen Muslim_innen durch singhalesisch-buddhistische Mobs zu verhindern (*Sri Lanka Brief*, März 2018).

Personen, die sich aktiv für religiöse Minderheiten oder gegen buddhistische Militante einsetzen, können gefährdet sein. Auch Personen, die sich aktiv für weitere religiöse Minderheiten oder gegen buddhistische Militante einsetzen, können laut verschiedener Quellen gefährdet sein. *Human Rights Watch* und *OHCHR* weisen auf einen Anwalt hin, welcher im Jahr 2017 durch den damaligen Justizminister Wijeyadasa Rajapaksa öffentlich bedroht wurde, weil er den mangelhaften Schutz der Minderheiten durch die Regierung kritisierte (HRW, Januar 2018, HRC, 2018). In einer E-Mail-Auskunft vom 7. April 2018 wies der *sri-lankische Menschenrechtsaktivist Ruki Fernando* zudem auf den moderaten buddhistischen Mönch Watareka Vijitha Thero hin, welcher sich in den letzten Jahren prominent gegen *Bodu Bala Sena* (BBS) geäußert hatte. Er sei wiederholt durch BBS-Mitglieder und weitere Personen angegriffen und von Polizei nur ungenügend geschützt worden.

2.3 Schutz durch staatliche Akteure

Ungenügender Schutz durch staatliche Akteure. Laut der E-Mail-Auskunft des sri-lankischen Menschenrechtsaktivisten *Ruki Fernando* vom 7. April 2018 sind staatliche Akteure und insbesondere die Polizei in ganz Sri Lanka unwillig, Personen zu schützen, die durch buddhistisch-extremistische Gruppen verfolgt werden. *Ruki Fernando* sind zahlreiche Beispiele bekannt, bei welchen die Verantwortlichen trotz klarer Beweislage nicht strafverfolgt und verurteilt wurden. Laut E-Mail-Auskunft vom 9. April 2018 von der *vor Ort im Menschenrechtsbereich tätigen Kontaktperson mit Expertise zur Situation der muslimischen Minderheit in Sri Lanka* würden Polizeikräfte Muslim_innen oft ungenügend schützen. *Amnesty International* (2018) gibt im Jahresbericht 2017 ebenfalls an, dass die sri-lankische Polizei nicht genügend auf anhaltende Drohungen und physische Gewalt durch militante buddhistisch-singhalesische Gruppierungen gegen Angehörige der christlichen und muslimischen Minderheiten reagierte. *UK Home Office* (2018) und *SFH* (2015) weisen mit Bezug auf zahlreiche Quellen ebenfalls darauf hin, dass Polizei und Justiz Muslim_innen ungenügend vor Gewaltübergriffen schütze. Täter_innen würden kaum strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Patronage durch religiöse Führer oder Politiker würden oft der Strafverfolgung solcher Verbrechen im Weg stehen und aktiv zu einem Klima der Straflosigkeit beitragen.

Laut ICG (März 2018) hat die aktuelle Regierung zwar im Januar 2015 versprochen, die Straflosigkeit für Attacken gegen Muslim_innen zu beenden. Allerdings habe die Regierung bisher weder eine ernsthafte Untersuchung von gegen Muslim_innen verübten Gewalttaten eingeleitet, noch Anführer der in die Gewalt involvierten Gruppierungen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Auch während der jüngsten Attacken im März 2018 hätten der Präsident, der Premierminister und weitere Regierungsvertretende laut ICG zwar bekräftigt, dass das Gesetz strikt umgesetzt und Gewalttäter_innen verhaftet würden. Auch wurden rund 300 Personen im Zusammenhang mit der Gewalt verhaftet und Ermittlungen gegen in Gewalt verwickelte Polizeikräfte und Politiker aufgenommen (*Reuters*, März 2018). Dennoch seien laut ICG Schlüsselfiguren, welche die Gewalt organisiert hatten, weiterhin auf freiem Fuss. Verschiedene Quellen (ICG, *Reuters*, *Sri Lanka Brief*; beide März 2018) weisen darauf hin, dass Polizeikräfte in den jüngsten Gewaltereignissen im März 2018 nicht nur teilweise ungenügenden Schutz boten, sondern sogar an verschiedenen Orten aktiv in die Gewalt involviert waren. Die Ereignisse in Digana vom März 2018 dokumentieren laut E-Mail-

Auskunft des sri-lankischen Menschenrechtsaktivisten *Ruki Fernando* vom 7. April 2018 nicht nur die physischen Übergriffe durch Polizeikräfte, sondern weisen auch auf die anti-muslimische Haltung vieler Polizeikräfte hin. Diese Haltung sei ebenfalls bei Militärpersonen und bei Regierungsbeamten_innen feststellbar.

Laut Einschätzung von ICG vom März 2018 ist zwar nicht davon auszugehen, dass die aktuellen Regierungmitglieder_innen Gewalt gegen Muslim_innen aktiv unterstützen. Doch hätten sie offenbar Angst, gegen Täter vorzugehen, um die singhalesisch-buddhistische Wählerschaft nicht zu verärgern. Insbesondere sei damit das ungenügende Vorgehen gegen buddhistische Mönche zu erklären, welche in Gewalt gegen Muslim_innen verwickelt sind.

AI, 2018:

«Police failed to take action in response to continued threats and physical violence against Christians and Muslims by members of the public and supporters of a hardline Sinhala Buddhist political group.» Quelle: Amnesty International (AI), Amnesty International Report 2017/18 - The State of the World's Human Rights - Sri Lanka, 22 February 2018: www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/sri-lanka/report-sri-lanka/.

ICG, März 2018:

*«There are many factors behind the recent upsurge of violence against Sri Lankan Muslims. **The events of the last ten days have not been local “clashes” between Buddhists and Muslims, but organised and targeted attacks by national-level militant groups who are well known and have made their intentions clear through traditional and social media.** The immediate cycle of violence began with the death on 3 March of a Sinhala Buddhist man in the central hill town of Teldeniya. He had been attacked ten days earlier by four local Muslim men, who were promptly arrested and detained. His death sparked anger and limited violence the next day by local Buddhists, 24 of whom were arrested and held by the police. Demanding the release of these men, **leaders of radical Buddhist groups converged on the town with hundreds of their supporters from other districts, who later began attacking mosques and Muslim businesses and homes.** Even after yesterday’s declaration of a state of emergency, violence continues against Muslims in the hills around the town of Kandy.*

*The violence this week came just days after a mosque and Muslim businesses were attacked in the south-eastern town of Ampara. **There are indications the attack was planned and carried out mostly by Buddhist militants brought in from outside Ampara town, supported through rumours spread on social media.** Government officials have acknowledged that the damage was aggravated by the slow response of the local police.*

***The ongoing violence marks the resurgence of militant Buddhist groups that first emerged in 2012-2014 with the support of Mahinda Rajapaksa’s government. Having ceased during the first two years of the current coalition government, attacks on Muslims began again over a six-week period in April and May 2017 and for two days in November 2017, with militants apparently emboldened by the government’s failure to prosecute those responsible for violence and hate speech under the Rajapaksa regime.** (...)How vulnerable are Sri Lankan Muslims to being drawn to violence?*

Sri Lankan Muslims have been admirably restrained, disciplined and non-violent in their response to what is now five years of severe, sustained and often violent pressure. One can only hope that this continues to be the case, **though continued violent provocations – and the failure of the police to protect Muslims –** appears to be testing the patience of some, with reports of the first retaliatory violence against Sinhala businesses. **Many in Sri Lanka now fear the current wave of militant Buddhist attacks may be designed in part to provoke a violent response from Muslims, which would then be used to justify wider-scale attacks on the community.**

How has the Sri Lankan government tried to quell the tensions between Buddhists and Muslims and promote communal harmony?

The government has done very little to address either the underlying mistrust and misunderstandings between the two communities, or to rein in the small number of Buddhists who promote or use violence. Despite coming to power in January 2015 promising to end impunity for attacks on Muslims, the government has launched no proper investigations of past violence, and prosecuted no leaders of groups known to be involved in attacks on Muslims. Despite recent statements from the president, prime minister and other officials that the law will be strictly enforced and those engaging in violence will be arrested, key organisers of the ongoing violence remain free. Some of these have posted on social media information to help target Muslims for attack. Police, in a number of locations, have been credibly accused of siding with the mobs.

While government leaders are not believed to be supporting the violence against Muslims, they appear to be afraid of taking action against the perpetrators, especially those Buddhist monks thought to be involved, for fear of alienating Sinhala Buddhist voters by appearing to favour Muslims. This fear has grown since the poor showing of government candidates in the 10 February local elections, in which former President Rajapaksa led a successful campaign rooted in a strongly Sinhala Buddhist nationalist platform. The increasingly deep divide between the president and the prime minister, who is battling to hold on to his job, appears to have further paralysed the government. » Quelle: International Crisis Group (ICG), Buddhist Militancy Rises Again in Sri Lanka, 7. März 2018: www.crisisgroup.org/asia/south-asia/sri-lanka/buddhist-militancy-rises-again-sri-lanka.

BBC, März 2018:

«Sri Lanka has lifted a state of emergency imposed on 6 March in response to an outbreak of violence against Muslim communities. **Two people were killed, nearly 450 Muslim-owned homes and shops damaged and 60 vehicles burnt in attacks in the central district of Kandy.** Curfews and social media bans were brought in to try and quell tension. Violence has risen in the Buddhist-majority country since 2012, said to be fuelled by hard-line Buddhist groups. They have accused Muslims of forcing people to convert to Islam and vandalising Buddhist archaeological sites. Dozens of Muslim religious sites have also been damaged.

(...) **Hundreds of troops were deployed to the Kandy area, and tear gas was used after some groups continued to defy government curfews. President Maithripala Sirisena announced he was lifting the measure on Sunday on his Twitter feed, having assessed public safety. Nationwide bans on social media websites including Facebook were also lifted earlier this week. It was the first time in seven years Sri Lanka had imposed a**

state of emergency.» Quelle: BBC News: Sri Lanka violence: Nationwide state of emergency lifted, 18. März 2018: www.bbc.co.uk/news/world-asia-43446239.

HRC, 2018:

«The High Commissioner is especially concerned with regard to multiple incidents of intercommunal violence, attacks and hate speech against minorities during the course of 2017. They included a series of petrol-bomb attacks against mosques and businesses owned by Muslims across the country around May (more than 30 registered incidents, with a peak of nearly daily attacks during the two first weeks of the month). The attacks were accompanied by anti-Muslim rhetoric from Sinhala - Buddhist ultranationalist groups and came at around the time the leader of one of these groups (Gnanasara Thero, of Bodu Bala Sena) was awaiting sentencing on a contempt of court charge. On 13 June, the Cabinet issued a statement condemning violence against minorities, noting that "inciting violence against fellow citizens of various ethnic [and] religious backgrounds has no place in Sri Lankan society" . 46. On 26 September 2017, a mob led by Buddhist monks reportedly belonging to the organization Sinhalese National Force demonstrated against the presence of Rohingya refugees in Sri Lanka in front of a house in Mount Lavinia, Colombo, where 31 Rohingyas (mostly women and children) from Myanmar were being sheltered by the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees and its partner organization, Muslim Aid. Despite police presence, the house was stormed by the crowd and the group of Rohingyas had to be relocated for their protection. In a separate incident, tensions between the Tamil and Muslim communities in Batticaloa led to a temporary local boycott of Muslim businesses in November. In the worst incident of the year, in Gintota (Southern Province), on the evening of 18 to 19 November, more than 70 Muslim homes and businesses were damaged by a mob that formed after an incident arising from a traffic accident involving Sinhalese and Muslim youths. Hate speech over social media, possibly politically motivated, seemed to play a role in the incident. Unlike during the incidents in May, in Gintota, the Government's response was swift, including deployment of special police units and temporary curfews. The Prime Minister visited the site of the crimes and stated that such acts of violence, and incitement to such crimes, had no place in Sri Lanka and would be prosecuted to the full extent of the law. Nineteen alleged perpetrators were arrested and detained.

Meanwhile, attacks on Evangelical Christians continued to be recorded. A prominent lawyer and human rights activist who had provided figures on the number of such attacks in a television debate in May 2017 was publicly threatened by the then Minister of Justice with disbarment for making such claims» Quelle: HRC, UN Human Rights Council, Promoting reconciliation, accountability and human rights in Sri Lanka; Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights [A/HRC/37/23], 25. Januar 2018, S. 9: www.ecoi.net/en/file/local/1425603/1930_1519812518_q1801853.pdf.

HRW, März 2018:

«Violence By Anti-Muslim Mobs Highlights Inter-Ethnic Strife

Nine years after the end of its three-decade civil war, Sri Lanka is stalled on delivering its pledges of justice and reconciliation. While the absence of justice and political reforms may rankle Sri Lanka's minority Tamil and Muslim communities, the government's inaction has

also sent a message to the majority Sinhalese that they need not worry about being reined in by the authorities.

On March 6, after local altercations burst into anti-Muslim riots, the government announced a ten-day nationwide state of emergency, later shutting down social media access across the country. The last state of emergency was lifted in 2011.

*In recent years Sri Lanka has witnessed a spate of anti-Muslim violence linked to ultra-nationalist Sinhalese Buddhist groups. **The current wave began late February in the eastern district of Ampara. On March 3, anti-Muslim riots broke out in the central Kandy district, which resulted in at least two deaths. Observers reported that two mosques and dozens of homes, small businesses, and vehicles were destroyed. And the violence may be spreading.***

Prime Minister Ranil Wickremesinghe said the violence in Kandy “appeared to be systemic and organized” and pledged to take stern action. The government doubtlessly hopes that declaring an emergency – which will permit security forces to be deployed in restive areas and conduct searches and arrests without warrant – will send a message of resolve to contain the violence. But the government also needs to address the systemic cause of these inter-ethnic riots and attacks. This means delivering on the promises made including at the United Nations Human Rights Council to address enforced disappearances, expedite land returns, and bring justice and redress to victims on all sides, including the often-forgotten Muslim minority» Quelle: Human Rights Watch (HRW), State of Emergency Declared in Sri Lanka, 7. März 2018: www.ecoi.net/en/document/1426227.html.

HRW, Januar 2018:

«Religious minorities remained at risk. In June 2017, then Justice Minister Wijeyadasa Rajapakse publicly threatened a lawyer who criticized the government’s failure to protect minorities. In September, authorities took 31 Rohingya Muslim refugees into protective custody following threats by Buddhist extremists. There were further flares of violence in Galle and Vavuniya in November between Muslim and other communities, with allegations of mobs attacking Muslim homes and businesses.» Quelle: Human Rights Watch (HRW), World Report 2018 - Sri Lanka, 18. Januar 2018: www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/sri-lanka.

Reuters, März 2018:

«Police and politicians backed by the country’s former strongman President Mahinda Rajapaksa joined anti-Muslim riots that rocked Sri Lanka’s Kandy district this month, according to witnesses, officials and CCTV footage reviewed by Reuters. Scores of Muslim mosques, homes and businesses were destroyed as mobs ran amok for three days in Kandy, the central highlands district previously known for its diversity and tolerance. The government declared a state of emergency and blocked social media platforms for a week to control the unrest.

The role of police and some local Buddhist politicians suggests the Sri Lankan government lost control of elements of its security forces, and that the violence was more than a spontaneous outbreak fuelled by fringe Buddhist extremists and hate-speech

spread on social media. Rajapaksa has denied that he or other leaders of his party were involved. **Police said the allegations against officers and politicians were being investigated. Victims and witnesses, whose accounts were partly backed by CCTV footage seen by Reuters, described members of an elite paramilitary police unit, the Special Task Force (STF), assaulting Muslim cleric and leaders.** Local STF commanders declined to comment. "They came to attack," said A.H Ramees, a cleric at a mosque where worshippers say they were beaten by police who were supposed to be protecting them. "They were shouting. There was filthy language. They said all the problems were because of us, that we were like terrorists." Ruwan Gunasekera, a spokesman for the national police force, including the STF, said a special investigation unit was "probing the deficiencies of the police in the incident". A second unit was examining the role of political actors, he said. The riots were the latest example of rising Buddhist nationalism and anti-Muslim sentiment in the region and have unnerved Sri Lanka's multi-ethnic coalition government, which ousted Rajapaksa in an election in 2015, according to analysts and two sources familiar with the government's deliberations. Buddhists make up about 70 percent of Sri Lanka's 21 million people. Tamils, most of whom are Hindu, account for 13 percent while Muslims make up about 9 per cent of the population. **Sri Lanka's Law and Order Minister Ranjith Madduma Bandara has said the violence in Kandy was "well organised" and pointed the finger at members of Sri Lanka Podujana Peramuna (SLPP), a political party backed by Rajapaksa that scored a huge victory in local elections last month.** At a press conference flanked by senior leaders earlier this month, Rajapaksa said the accusations were politically motivated. In fact, the government fomented the violence to "get the Muslim vote" and to distract from its inadequacies, he said.

TRIGGER FOR VIOLENCE

The violence in Kandy was triggered by an attack on a Buddhist truck driver, H.G Kumarasinghe, by four Muslim men after a traffic dispute on Feb. 22. As Kumarasinghe lay in a coma, calls for retribution and anti-Islam polemics flooded social media and the government ordered the deployment of 1,000 members of the STF. Rioting erupted after his funeral 11 days later. **An excerpt of CCTV footage from the first day of attacks reviewed by Reuters showed police letting a large group of men through the cordon protecting the Noor Jumah mosque in Digana, a Kandy township. The men rush into a multi-story building opposite the mosque. A local SLPP politician, Samantha Perera, can be seen pointing at the higher floors of the building. Perera confirmed he was the person shown in the footage.** He said he was trying to calm the rioters and only found out later the mosque had been attacked. "I am a good Buddhist. I am not instigating violence against anybody," he told Reuters. Cabinet spokesman Rajitha Senarathne said Perera was under investigation for "attacking Muslim-owned shops and mosques with stones". **At least three other SLPP politicians, including a national politician, were being investigated and another SLPP councillor has been arrested for setting fire to a mosque, he said.** All deny any involvement in the violence. "There's a political motive to discredit me, Mahinda Rajapaksa and the party," Perera said.

"MONSTER BEYOND CONTROL"

Anti-Muslim sentiment has surged in Sri Lanka since 2009, when a long civil war against Tamil insurgents was brutally ended by Rajapaksa amid charges by a United Nations panel of experts of human rights violations, including extrajudicial killings by the military and STF. As in Myanmar, from where 700,000 Rohingya Muslims have fled an army crackdown in recent months, Buddhist hardliners in Sri Lanka have argued that Islam is a threat to the Buddhist

way of life. Though the level of violence is not comparable, **the Sri Lankan Secretariat for Muslims, a civil society group, logged more than 600 attacks and threats to Muslims in the past five years, according to director Hilmy Ahamed, who added the rate of anti-Muslim violence had accelerated in the recent years. "The fear that Muslims are going to take over, are going to deprive you of your welfare, is so widespread," he said. Veteran political analyst Jayadeva Uyangoda said Buddhist chauvinism in Sri Lanka was a "monster beyond control", as local activists draw inspiration from the Buddhist extremists in Myanmar and Hindu radicals in India hostile to Muslims.**

"CAN YOU BELIEVE IT?"

About 10 minutes after the incident near the Noor Jummah mosque shown in the CCTV footage, the mob returned via a back road, out of the line of sight of the mosque's exterior cameras, and threw a petrol bomb into the mosque's first floor office, according to witnesses Mohamed Niyaskhan, who said he was beaten and left bloodied, and the mosque secretary M.I.M Shukry. The men burned Korans during 45 minutes of looting and destruction, they said. Niyaskhan said earlier that day he had prepared food and drinks for STF members protecting the mosque, but they had left shortly before the attack. "No STF, no police were there," he said. "They had gone around the corner. Can you believe it?" Later that day, eight to 10 members of the STF rushed the Hijrapura mosque, also in Digana, according to clerics and worshippers. The police assaulted worshippers with batons, according to Ramees, the cleric. CCTV footage shows police in riot gear striking Ramees and another cleric, M.S.M Nizam, four times with batons. A local Buddhist monk, Gerendigala Chanda Wimala, told Reuters he saw the men being manhandled by police and successfully demanded their release. At about the same time, a local Muslim politician, Abdul Saleem Mohamad Fazil, and a friend Mohamad Faizal, were also attacked by members of the elite police unit, according to the victims and a witness, Father Christy Paul, the prelate at Digana's Catholic church. "Three STFs came through the back entrance of the house and started beating us," said Fazil, who suffered a deep head wound and said he spent in a night in prison after being refused medical treatment. "They grabbed some bottles from the landing and put them in a bag and said we were making petrol bombs." Father Christy said he heard the men's screams and saw the police hitting them with batons. The men were cowering on the ground and not offering any resistance to the police, he said. A local STF commander, asked about the incidents described to Reuters, declined to comment, citing restrictions on talking to the media. **The law and order ministry referred to the police special investigation into alleged abuses. Police say they have arrested more than 300 people involved in the riots.» Quelle: Reuters, Police, politicians accused of joining Sri Lanka's anti-Muslim riots, 25. März 2018: www.reuters.com/article/us-sri-lanka-clashes-insight/police-politicians-accused-of-joining-sri-lankas-anti-muslim-riots-idUSKBN1H102Q.**

SFH, 2015:

«Bodu Bala Sena. Ein Artikel im Indian Express vom 20. Januar 2015 erläutert, dass Bodu Bala Sena (BBS) durch eine Gruppe von buddhistischen Hardlinern gegründet wurde, die sich im Jahr 2012 von der Partei Jathika Hela Urumaya (JHU) abgetrennt hatten. Die BBS hat ihr Hauptquartier im Buddhist Cultural Centre in Colombo, welches 2011 durch den früheren Präsidenten Rajapaksa eröffnet wurde. Die BBS wird in Sri Lanka als extreme Randgruppe (fringe element), aber teilweise auch als eine Art religiöse Polizei, wahrgenommen, welche unter anderem Angriffe gegen Kirchen und Moscheen organisiert habe. Laut des Berichts

des Secretariat for Muslims vom September 2014 handelt es sich bei BBS um eine extremistische buddhistische Organisation, welche von einem internationalen Think Tank als terroristische Organisation eingestuft worden sei.

In den letzten Jahren zahlreiche Übergriffe gegen muslimische und christliche Personen, Straflosigkeit und Nähe des BBS zu hochrangigen Regierungsmitgliedern. Die BBS war in den letzten Jahren aktiv an Übergriffen gegen Muslime in ganz Sri Lanka beteiligt und hat diese unter anderem aktiv geschürt. Auch werden sie nach Angaben des Berichts des UNO-Menschenrechtsrats vom 16. September 2015 für die massiven Unruhen in Aluthagama im Juni 2014 verantwortlich gemacht. Die Ausschreitungen waren gegen muslimische Personen gerichtet und hatten vier Tote und über achtzig Verletzte zur Folge. Auch moderate Buddhisten wurden laut eines Artikels der BBC vom Mai 2015 Ziel von Attacken und Entführungen durch die BBS. Es wurde in der Vergangenheit von verschiedenen Quellen (Interviews mit Kontaktpersonen vor Ort im Oktober 2014, Secretariat for Muslims, 9. September 2014) berichtet, dass hochrangige Regierungsmitglieder eine grosse Nähe zur BBS aufwiesen. Das Secretariat for Muslims hat in einem Bericht vom 9. September 2014 detailliert verschiedene Übergriffe im Jahr 2013 und 2014 gegen Muslime und Christen in ganz Sri Lanka dokumentiert. Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, dass im ganzen Land Übergriffe gegen Muslime und Christen stattfanden. So wurden Aktivitäten und Übergriffe der BBS in den Distrikten Anuradhapura, Colombo, Kurunegala, Kalutara, Hambantota, Ratnapura, Galle, Gampaha, Kegalle, Matara, Kandy, Ampara und Badulla dokumentiert. Weiter wurden Übergriffe gegen Muslime auch in den Distrikten Jaffna, Trincomalee, Batticaloa, Polonnaruwa, Moneragala dokumentiert.

Auch im Jahr 2015 Übergriffe gegen muslimische und christliche Personen. Auch im Jahr 2015 ist es nach einer Einschätzung des Menschenrechtsaktivisten Ruki Fernando vom 2. März 2015 weiterhin zu Attacken, Todesdrohungen und Übergriffen auf Muslime und Christen gekommen. Ein Artikel im Colombo Telegraph vom 19. Juni 2015 weist auf rund 37 zwischen Januar und April 2015 vom Secretariat for Muslims dokumentierte anti-muslimische Ereignisse hin. Eine Kontaktperson vor Ort bestätigte am 2. Oktober 2015, dass es im Jahr 2015 weitere Übergriffe auf Muslime und Christen gegeben habe, wovon viele der letzteren auch durch Behördenvertreter erfolgt seien.

Bodu Bala Sena weiterhin aktiv. Ein Artikel im Colombo Telegraph vom 19. Juni 2015 weist auf weitere Aktivitäten des BBS im Jahr 2015 hin. Laut des Artikels sind 13 der rund 37 zwischen Januar und April 2015 vom Secretariat for Muslims dokumentierten anti-muslimischen Ereignisse auf Aktivitäten des BBS zurückzuführen. Dies sei ein klarer Hinweis, dass die Gruppierung weiterhin eine Bedrohung darstelle. **Nach Angaben des Menschenrechtsaktivisten Ruki Fernando vom 2. März 2015 ist die BBS auch nach der Wahl des neuen Präsidenten weiterhin sehr aktiv und an Übergriffen und Drohungen beteiligt.** Nach am 2. Oktober 2015 gemachten Angaben eines Menschenrechtsaktivisten in Sri Lanka beschränke sich die BBS zurzeit vor allem darauf, von Zeit zu Zeit eine Pressekonferenz zu geben. Nach Einschätzung des Aktivisten sei es sehr wahrscheinlich, dass die BBS zusammen mit anderen singhalesisch-nationalistischen Kräften versuchen werde, wieder verstärkt aktiv zu werden. (...)

Unklare Haltung der aktuellen Regierung und Behörden gegenüber BBS. Zwar habe die neue Regierung laut des Berichts der International Crisis Group weitere Gewalt durch militante Buddhisten verhindert. Dies wird auch im Artikel des Colombo Telegraph vom 19. Juni

2015 bestätigt. Gegenüber BBC gab Karu Jayasuriya, der aktuelle Minister for Buddhist Affairs, im Mai 2015 an, man werde die BBS «im Zaum halten». Allerdings sei auch in der neuen Regierung eine starke buddhistische nationalistische Partei vertreten und die Regierung zeige sich nach Einschätzung der BBC bisher sehr zurückhaltend, gegen BBS vorzugehen. Im Bericht der International Crisis Group vom 12. August 2015 weisen Aktivisten darauf hin, dass die Regierung weiterhin Tätigkeiten durchführe, welche eine Nähe zur BBS aufzeigen. So werden Entscheide der Regierung kritisiert, wonach Moscheen von Gebieten entfernt werden sollen, welche die BBS als heilig betrachte. Nach Angaben eines Aktivisten, welcher im Bericht zitiert wird, habe die BBS in wenigen Monaten Entgegenkommen der Regierung erhalten, welche sie unter dem früheren Präsidenten Rajapaksa nicht erhalten habe.

Keine Strafverfolgungen im Zusammenhang mit massiven Übergriffen. Nach Angaben des Berichts des UNO-Menschenrechtsrats vom 16. September 2015 und des Berichts der International Crisis Group vom 12. August 2015 hatte bis August 2015 keine Strafverfolgung der BBS wegen der massiven Angriffe vom Juni 2014 in Aluthgama stattgefunden. Ein kontaktierter Menschenrechtsaktivist in Sri Lanka gab am 2. Oktober 2015 ebenfalls an, dass Gerichte trotz einer grossen Zahl vorhandener Berichte über gewalttätige Aktionen des BBS bisher nicht gegen den Führer und die Mitglieder des BBS vorgegangen sind. Zwar sei laut International Crisis Group der Anführer der BBS wegen Übertretungen und Verleumdung aus dem Jahr 2014 angeklagt worden. Laut des BBC-Artikels vom Mai 2015 sei der Anführer des BBS im Mai 2015 wegen Teilnahme an einer unerlaubten Demonstration verhaftet und wenig später freigelassen worden.

Ungenügende Reaktion der Polizei bei Übergriffen und Übergriffe durch Polizei. Das Dokument des UNO-Menschenrechtsrats vom 7. September 2015 mit der Eingabe der World Evangelical Alliance weist darauf hin, dass die Polizei bei vielen gewaltsamen Übergriffen gegen religiöse Minderheiten ungenügend reagiert hat. Die ungenügende Reaktion erfolge auch, weil sie durch lokale bud-dhistische Mönche, lokale Regierungsvertreter und Politiker unter Druck gesetzt werde. Christen seien zudem Opfer von willkürlichen Verhaftungen geworden. Polizeibeamte hätten christliche Geistliche genötigt, religiösen Handlungen einzustellen. Des Weiteren seien Fälle dokumentiert worden, nach denen die Polizei verweigert habe, Anzeigen gegen Täter entgegenzunehmen, welche Gewalt gegen christliche Geistliche und Kirchen verübt hätten. Eine Vielzahl weiterer Quellen (US Department of States (USDOS), 25. Juni 2015, Amnesty International 25. Februar 2015, Secretariat for Muslims 9. September 2014, Minority Rights Group International 3. Juli 2014, UN Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) 2. Juli 2014) belegen ebenfalls, dass Polizei und staatliche Sicherheitskräfte bei Übergriffen nur ungenügenden Schutz gegen Übergriffe und Drohungen durch die BBS geboten hatten.

Teilweise Zusammenarbeit des BBS mit Polizeivertretern weiterhin möglich. Nach der am 2. Oktober 2015 geäusserten Ansicht eines kontaktierten Menschenrechtsaktivisten vor Ort sei nicht mehr davon auszugehen, dass die Polizei und Behörden mit BBS im gleichen Masse zusammenarbeiten, wie dies noch im Jahr 2014 Tatsache gewesen sei. Ein weiterer Menschenrechtsaktivist vor Ort gab am 2. Oktober 2015 an, dass BBS zurzeit nicht mehr mit völliger Straflosigkeit operieren könne. Nach Einschätzung derselben Quelle sei es aber sehr gut möglich, dass es weiterhin zu teilweiser Zusammenarbeit zwischen BBS und Polizei komme. Insbesondere könne dies der Fall sein bei der Verschleppungen oder Nicht-Durchführungen von polizeilichen Untersuchungen mit Bezug zu BBS.» Quelle: Schweizeri-

sche Flüchtlingshilfe, Sri Lanka, Bodu Bala Sena, 2. Oktober 2015, S. 1-3; 7-8:
www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/asien-pazifik/sri-lanka/151002-lka-bbs.pdf.

Sri Lanka Brief, März 2018:

*«As Sinhalese – Buddhist mobs were escalating violence against Muslims around Digana on March 5, the Hijrapura mosque in Digana had just finished afternoon prayers around 4 pm that day. As usual, devotees were talking to each other outside the mosque, after the prayers. A few had continued to pray inside the mosque. **Suddenly, a jeep full of uniformed, heavily armed men had arrived in a jeep and a couple of motorbikes and surrounded the mosque. Thanks to the camouflage uniform, the devotees had identified them as being from the Special Task Force (STF) of the Police. The STF had brutally beaten up the devotees and chased them as they started to run away. Numerous eyewitnesses and survivors described the brutalities unleashed by the STF in vivid detail. When I met them on March 9, one man couldn't walk at all, and several others were limping. At least one was reported to have been in hospital. Many showed me scars and wounds, on their back, arms and legs. Some had been injured through falls, as they were running to escape the assault and were also being chased by STF men. The devout Muslims were horrified that the STF had rampaged through the mosque with their weapons and boots. "We can't describe the filthy and abusive language the STF used," said one eyewitness. Two Moulavis were beaten up, even as they shouted identifying themselves as Moulavis. They were forced to hold a knife and iron pole (They later said they believed it was to implicate them in false charges). They were beaten when they refused. The Buddhist Monk in the nearby Temple had seen the incident on the roadside and had intervened to save the two Moulavis from the STF's grip.***

In a separate incident around 5pm also on March 5 in nearby Ambagahalanda, A. F. M. Fazil, a member of the Meda Dumbara Pradeshiya Sabawa (Local Council) was at a friend's house. Suddenly the STF had entered the house and beaten up Fazil and his friend, and also an 18 year old boy who was there. Children, including two who were 2 and 9 years old, had witnessed the assault and had been terrified. Neighbors who had gathered and saw the incident, heard STF men saying "let's say he tried throw a petrol bomb at us". The politician's friend's hands had been tied behind his back. His feet and that of the 18-year-old boy had been tied together. They were then taken to a Police station, and the 18 year old boy was released, but the politician and his friend were detained overnight. A Deputy Inspector General (DIG) who had been at the Police station had suggested them to be taken to the hospital, but despite head wounds, the Sinhalese doctor on duty at the Teldeniya hospital that night had refused treatment, saying those who are responsible for killing "our people" should be in prison and not hospital[1]. Both men had been produced before a Magistrate on the morning of March 6 and released on bail. Four days after the assault, on March 9, scars on their body were clearly visible. Fazil's head was still in bandages as of March 11 and he complained of headaches and body pains. He said he had 5 cuts on his head and had suffered injuries to one leg, an arm and his back.

Since the death of a Sinhalese person on March 3, after being severely beaten by some Muslim men on February 22, Fazil was part of a team of Muslim leaders who had been discussing with senior police officers and Buddhist monks about ensuring justice for the Sinhalese man and his family, and defusing potential tensions. Government Ministers also had been updat-

ed. According to Fazil, such discussions were held from February 24, long before the death of the Sinhalese man, and had continued until March 3, the day he had died. Discussions had been held in Digana as well as in the deceased man's village. **Fazil suspects STF may have targeted him for his role in trying (and failing) to prevent violence against Muslims by the Sinhalese – Buddhist mobs.**

In both incidents, based on actions and words of the STF, the survivors believe the STF was attempting to frame them on false charges about possession of weapons, and by extension, shift the blame towards Muslims for some of the violence that happened around Digana last week. The words of the STF had also indicated a deeply anti-Muslim, racist mindset. The attack on the Moulavis and desecration of the Mosque by entering with boots and weapons, reminded me of attacks on churches, mosques and Buddhist temples during the war by Sri Lankan military and the LTTE.

It was not clear whether the STF personnel allegedly responsible for both incidents were the same. But some of the survivors claimed they were from Kegalle.

Some of the survivors I spoke to were scared to disclose their identities, have their injuries photographed, make a formal complaint or even seek medical treatment at government hospitals, fearing reprisals. However, many were keen to have the truth exposed and justice for perpetrators in order to prevent such incidents in the future. This note is written at their request, with the hope relevant authorities will take speedy action.» Quelle: Sri Lanka Brief, Ruki Fernando, The Unashamed Role of Special Task Force of Sri Lanka Police in recent Anti-Muslim Riots, 18. März 2018: www.srilankabrief.org/2018/03/the-unashamed-role-of-special-task-force-of-sri-lanka-police-in-recent-anti-muslim-riots/.

UK Home Office, März 2018:

«The USSD 2016 international religious freedom report stated(...)...**According to some Muslim and Christian groups, harassment from police and government officials sometimes appeared to be in concert with Buddhist monks and Buddhist nationalist organizations.**' (...)

7.2 Intimidation and harassment

7.2.1 The Amnesty International 2016/17 report stated: '**Christians and Muslims reported incidents of harassment [and] threats...by members of the public and supporters of hardline Sinhala Buddhist political groups.**' The MRGI commented that many incidents 'pivot on the issue of recognition, enabled by a contentious 2008 government circular, which is repeatedly misapplied to justify harassment of worshippers, particularly evangelical Christians.'⁵⁴ 7.2.3 The MRGI report commented that Muslims '**...continue to face a climate of fear and hostility that is actively orchestrated by Buddhist nationalist outfits, including more recent movements such as Sinha Le which was very active during the early months of 2016. The incidents illustrate the daily reality of propaganda targeting the Muslim community as a whole, as well as frequent hate speech, threats, and intimidation... 'Since 2012, Buddhist nationalists have become increasingly active in their dissemination of anti-Muslim propaganda through a range of public platforms, including social media. This wave of Buddhist nationalism was impelled by groups such as the BBS, Sinhala Ravaya, Ravana Balaya and others.'** ⁵⁵ 7.2.4 The report also noted: '**Outside the time period of this study [November 2015 – September 2016], troublingly, No-**

vember 2016 has seen a concentration of threats, protest marches, hate speech and suspected attacks involving such groups, including Buddhist clergy.’ 56 7.2.5 The DFAT 2017 Country Report on Sri Lanka stated: **‘Although most Muslims sided with the Government (Sinhalese) forces during the civil conflict, there has been a recent rise in religious tensions between Muslims and the Sinhala Buddhist majority. Nationalist Buddhist groups such as Sinhala Ravaya (English: Sinhalese Roar) and Bodu Bala Sena continue to stoke religious and ethnic tensions and are known to post religiously-motivated attacks on social media...’** 57 7.2.6 The UN Special Rapporteur on minority issues, in a report dated January 2017, noted that **‘civil society groups continue to report incidents of...harassment of religious leaders.’** 5 7.2.7 Freedom House, in their 2017 world report, noted: **‘In recent years, the minority Ahmadiyya Muslim sect has faced increased threats and attacks from Sunni Muslims, who accuse Ahmadis of apostasy.’** 59 7.2.8 The UN Special Rapporteur on minority issues, in a report dated January 2017, noted that **‘construction of Buddhist temples, shrines and statues in areas that were traditionally non-Buddhist is met with animosity.’**

7.3 Targeting of property

7.3.1 The UN Special Rapporteur on minority issues, in a report dated January 2017, noted that Sinhala-Buddhist nationalist groups such as the BBS **‘carried out attacks on places of worship as well as businesses and the properties of religious minorities, including Muslims and Christians’**. The Special Rapporteur continued that **‘civil society groups ‘continue to report incidents of destruction of religious property’**.⁶¹ 7.3.2 The UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination, in a report dated October 2016, were **‘concerned by reported cases of desecration of places of worship’**. (It was not clear from the source whether these acts were perpetrated by state or non-state actors)⁶² . 7.3.3 The MRGI report commented: **‘Sporadic acts of violence...targeting Islamic places of worship have been recorded from 2009 onwards by various sources, the most notable being the 2012 attack on the Masjidul Kairiya mosque in Dambulla by a large mob who claimed it had been illegally constructed on sacred Buddhist land. Following the violence, the then Prime Minister and Minister of Religious Affairs D.M. Jayarathne ordered the 50-year-old mosque to be relocated. However, the worst incidents of violence targeting the Muslim community in recent years were the mob attack on the Masjid Deenul Islam mosque in Grandpass in 2013 and [the 2014 Aluthgama riots – see below].’**⁶³ 7.3.4 The USSD 2016 international religious freedom report stated: **‘Vandals damaged the Muslim prayer room at Jaffna University three times during the year and in November individuals attacked the grand mosque in the Nikaweratiya area of Kurunegala District with gasoline bombs.’** 64 7.3.5 The MRGI report stated: **‘There have also been reports by activists, politicians, and other violations affecting Hindu places of worship. However, since these have not been systematically quantified, it was not possible to include a full analysis [in their report].’**

7.4 Violence

7.4.1 Freedom House stated that religious minorities face **‘occasional violence’** and that: **‘Tensions between the Buddhist majority and the Christian and Muslim minorities—particularly evangelical Christian groups, which are accused of forced conversions—sporadically flare into attacks by Buddhist extremists.’**⁶⁶ The Amnesty International 2016/17 report stated: **‘Christians and Muslims reported incidents of...physical violence by members of the public and supporters of hardline Sinhala Buddhist political groups.’**⁶⁷ 7.4.2 The MRGI report noted that **‘rioting centred around Aluthgama in**

2014 – widely attributed to BBS instigation, through inflammatory anti-Muslim rhetoric uttered at a public rally just before violence erupted’ was one of ‘the worst incidents of targeting the Muslim community in recent years’. Four people died and ‘many’ were injured. 7.4.3 This incident was also described by the UN Special Rapporteur on minority issues, in a report dated January 2017: ‘Many expressed grave concern about Sinhala-Buddhist nationalism and extremism, which gained particular force under the previous Government. Groups such as the Bodu Bala Sena (Buddhist Power Force) incited violence and hatred against religious and other minorities while proclaiming the racial superiority of Sinhala Buddhists...The most notable of such incidents [of violence] was the Aluthgama riots in June 2014 when mobs were said to have been mobilized by the Bodu Bala Sena to attack Muslim homes and properties following a minor traffic incident, leaving 4 Muslims dead and 80 injured. For more than six days, more than 6,000 people were reportedly trapped and left to starve in mosques. (...)

7.4.4 The MRGI also noted that the BBS have ‘threaten[ed] to repeat’ the violence. This was also reported by the USSD 2016 international religious freedom report: ‘On the second anniversary of the 2014 Aluthgama Muslim-Buddhist riots in June, BBS General Secretary Gnanasara publicly threatened to initiate “phase two” of the violent confrontation if the government did not keep the Muslim community under control.’ 71

7.4.5 The DFAT 2017 Country Report on Sri Lanka stated that ‘there has not been a large-scale incident since June 2014 when Galagoda Aththe Gnanasara, General Secretary of Bodu Bala Sena, delivered a speech that was blamed by many for inciting violent riots between Buddhists and Muslims in Aluthgama...Gnanasara continues to assert anti-Muslim sentiment publicly...’ 72

7.4.6 The MRGI report commented that ‘the change in government in 2015 appears to have led to a decrease in organized violence against religious minorities’ and that the ‘operation of groups such as the BBS has visibly reduced under the Sirisena-Wickramasinghe government, indicating less space for impunity and organized violence.’ 73 The UN Special Rapporteur on minority issues, in a report dated January 2017 noted that: ‘[The Special Rapporteur] was informed that the incidence of violent crimes motivated by religious intolerance has significantly decreased since the new Government took office’. 74

8.2 Police and judicial inaction

8.2.1 The Amnesty International 2016/17 report noted: ‘Police failed to take action against attackers or in some cases blamed religious minorities for inciting opponents.’ 82

8.2.2 The USSD 2016 international religious freedom report stated: ‘According to the National Christian Evangelical Alliance of Sri Lanka, in multiple instances police reportedly failed to respond to, or were reluctant to arrest or pursue, criminal cases against individuals instigating attacks on religious minority sites. Legal experts with experience representing minorities with discrimination claims also noted the prosecution of perpetrators was rare.’ 83

8.2.3 For example, the report stated that police made no arrests in connection with incidents of vandalism of the Muslim prayer room at Jaffna University and the gasoline bomb attack on the grand mosque in the Nikawradiya area of Kurunegala District . 8.2.4 The MRGI report stated that, while organised violence has decreased, ‘in many instances, those responsible for acts of incitement or previous incidents of violence have not been held accountable’ and that civil society actors have called upon the Sri Lankan government to address the ‘inaction or slow response on the part of the police’. 85

8.2.5 The MRGI also observed ‘There remain substantial gaps in terms of legal action against perpetrators of religious violence and discrimination. This is despite the fact that the Sri Lankan Constitution guarantees the right to equality, non-discrimination, and

freedom of religion and religious worship, highlighting a persistent culture of impunity when it comes to such acts.’⁸⁶ Amnesty International, in a statement dated May 2017, claimed that police ‘failed to prevent’ attacks against Muslims in April-May 2017, although noted that the President ordered the Law and Order Ministry to act. 8.2.7 The USSD 2016 international religious freedom report noted: ‘The cases against monks accused in 2014 attacks on Muslims and Christians progressed slowly.’⁸⁸ **The UN Special Rapporteur in minority issues, in a report dated January 2017, noted that ‘there has yet to be a credible investigation and effective prosecution’ following the Aluthgama riots of June 2014.**⁸⁹ However, the DFAT 2017 Country Report on Sri Lanka stated that Galagoda Aththe Gnanasara, the General Secretary of BBS, ‘is under ongoing judicial investigations.’⁹⁰ 8.2.8 The UN Special Rapporteur on minority issues, in a report dated January 2017, ‘...was told by Christian as well as Muslim groups that in dealing with these cases [violence, harassment and destruction of religious property], the police as well as the courts continue to ignore the motives — religious intolerance or hatred — behind such attacks and refuse to consider them as aggravating circumstances, thus failing to send a clear signal that they will not be tolerated. Many also reported that political patronage of religious leaders or politicians are often in the way of prosecution for these crimes, effectively contributing to a climate of impunity. Lack of accountability increases the likelihood for further violations.’ Quelle: United Kingdom, Home Office (UK Home Office), Sri Lanka, Minority religious groups, March 2018, Version 1.0, S. 20; 21-28: www.refworld.org/docid/5ac485c44.html.